



Januar 2010

**Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und fünf Tageszeitungen**

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis



Untersuchungsanlage	1
Analyse	3
Zusammenfassung.....	4
Zwei Drittel für schärfere Kontrollen im Flugverkehr.....	5
Mehrheit für die Nutzung sogenannter Nacktscanner	6
Wachsende Mehrheit für schnellen Abzug aus Afghanistan	7
Bundesbürger lehnen Steuersenkungen mehrheitlich ab.....	9
Angst vor Folgen der Wirtschaftskrise nimmt zu	11
Nur jeder Fünfte beklagt Verschlechterung seiner wirtschaftlichen Situation ...	12
Regierungsbewertung: Zwei Drittel unzufrieden mit Schwarz-Gelb.....	13
Acht von zehn Bürgern verlangen von Merkel klarere politische Vorgaben	14
Zweifel an Ehrlichkeit der Parteien – FDP schneidet noch am besten ab	15
Politikerzufriedenheit: Fast durchweg Popularitätseinbußen, Guttenberg erstmals an der Spitze.....	16
Sonntagsfrage: Union mit Zugewinn – zu Lasten der FDP	18
US-Präsident Obama hat die Erwartungen der Deutschen erfüllt	20

Untersuchungsanlage

ARD - DeutschlandTREND Januar 2010

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und fünf Tageszeitungen

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit:	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe:	Repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe	
Erhebungsverfahren:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl:	1.000 Befragte Sonntagsfrage: 1.500 Befragte	
Erhebungszeitraum:	04. bis 05. Januar 2010 Sonntagsfrage: 04. bis 06. Januar 2010	
Fehlertoleranz:	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer Reinhard Schlinkert	 030/533 22 - 113  0228/329 69 - 3

Berlin, Januar 2010
67.10.112390

Analyse

Zusammenfassung

Angesichts des vereitelten Anschlags auf ein US-Flugzeug befürworten 68 Prozent der Deutschen verstärkte Sicherheitskontrollen der Fluggäste. Die stärkere Vernetzung der Datenbanken von Behörden sowie den Einsatz sogenannter Nacktscanner halten jeweils sechs von zehn für sinnvoll. Eine Aufstockung der deutschen Truppen in Afghanistan lehnen 83 Prozent ab, 71 Prozent fordern der schnellstmöglichen Abzug der Bundeswehr.

Die laut Koalitionsvertrag geplante Steuerentlastung von 24 Milliarden Euro wird angesichts des Schuldenstandes der öffentlichen Haushalte von einer Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt: 58 Prozent sprechen sich gegen eine für 2011 geplante Steuerreform aus, vier von zehn (38 Prozent) befürworten sie. Auch die Anhänger von Union und FDP lehnen die Steuersenkungspläne mehrheitlich ab.

Das Vertrauen in die Bundesregierung bei der Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise hat abgenommen: Derzeit trauen ihr 51 Prozent zu, mit der Krise fertig zu werden, 7 Punkte weniger als im November letzten Jahres. Zugleich ist die Furcht der Bürger vor einer Verschärfung der Krise gewachsen (64 Prozent, +8).

Die Bundesregierung hat im Januar an Ansehen verloren: Derzeit sind lediglich 28 Prozent (-5) mit der Arbeit der schwarz-gelben Koalition zufrieden. Zwei Drittel (67 Prozent, +7) äußern Kritik. Auch in den Anhängerschaften der Regierungsparteien vergibt fast jeder Zweite schlechte Noten. Grund für den Ansehensverlust ist das Erscheinungsbild der Koalition: Zwei Drittel der Deutschen bemängeln deren Zerstrittenheit sowie das Fehlen eines klaren Konzeptes für die nächsten vier Jahre. Die Hälfte bescheinigt der Regierung Merkel einen Fehlstart. Vor diesem Hintergrund fordern acht von zehn Bürgern, dass Angela Merkel ihre Führungsrolle stärker wahrnehmen und die Richtung der Bundesregierung klarer vorgeben soll.

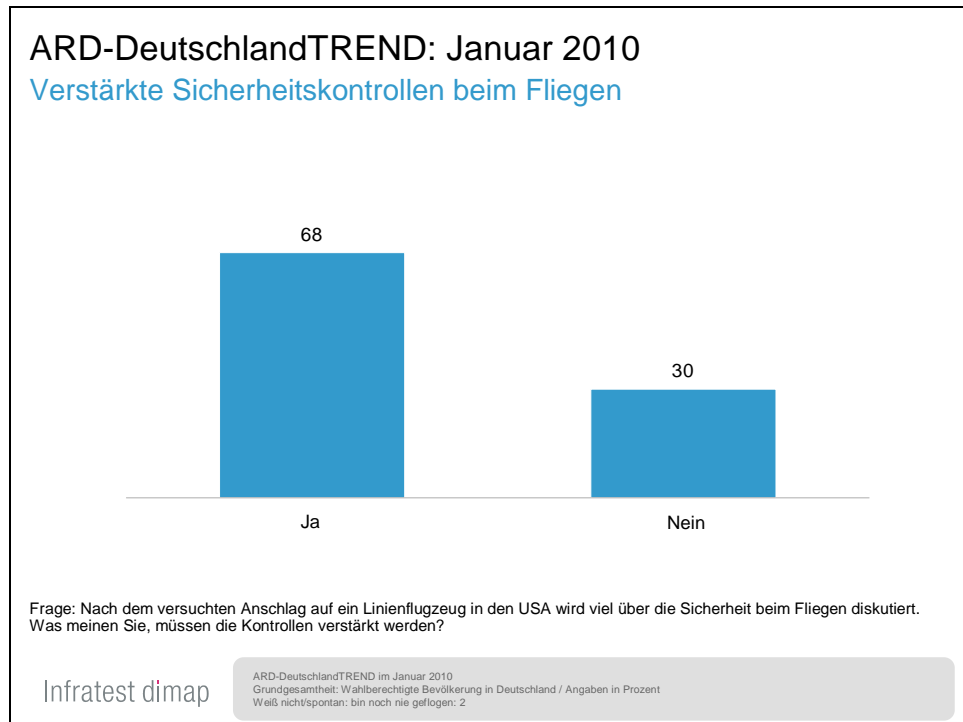
Die Bewertung der deutschen Spitzenpolitiker hat sich fast durchgängig verschlechtert. Auch die Kanzlerin muss deutliche Einbußen hinnehmen und kommt mit 59 Prozent Zustimmung (-11 im Vergleich zu Dezember) nur noch auf Platz Zwei. Erstmals auf Platz Eins liegt Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg, der trotz Verlusten 62 Prozent (-7) überzeugt.

Die politische Stimmung zeigt leichte Verschiebungen innerhalb der politischen Lager. Die Union käme derzeit auf 36 Prozent der Stimmen, ein Plus von 1 Punkt. Dieser Zugewinn geht allerdings zu Lasten des Koalitionspartners FDP, der 11 Prozent erreichen würde (-1). Von den Oppositionsparteien vermag einzig die SPD (25 Prozent, +1) zuzulegen, während sowohl die Grünen (12 Prozent) als auch die Linke (10 Prozent) jeweils 1 Punkt abgeben müssen.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND vom Januar, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und von fünf Tageszeitungen erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 04. bis 06. Januar 1.000, für die Sonntagsfrage 1.500 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

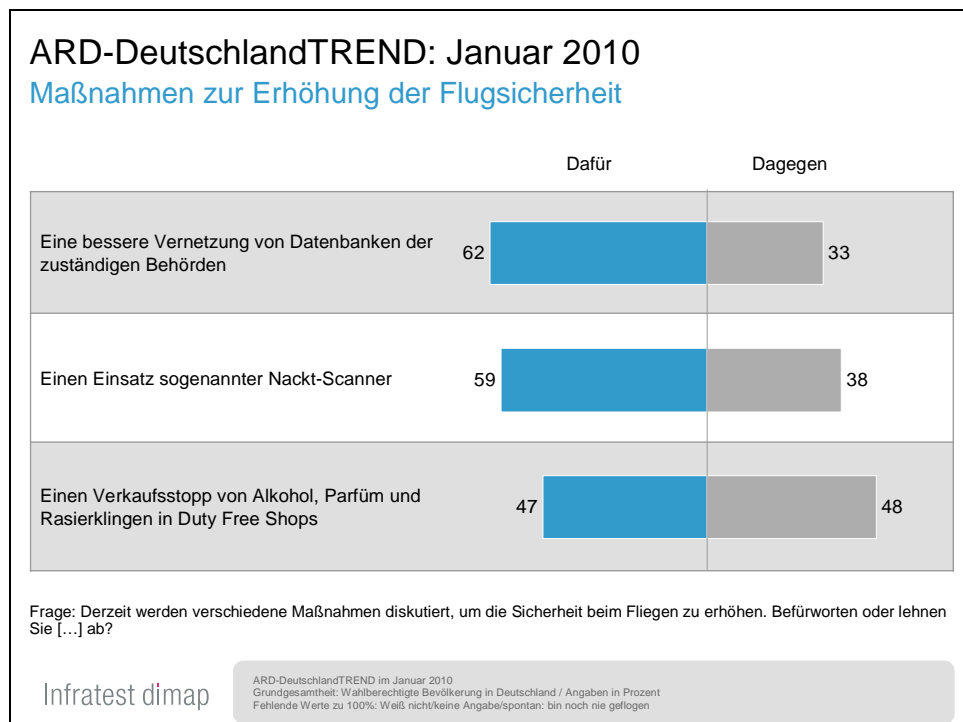
Zwei Drittel für schärfere Kontrollen im Flugverkehr

Der gescheiterte Anschlag auf ein Passagierflugzeug in den USA hat erneut eine Debatte um die Sicherheit im Flugverkehr ausgelöst. Dabei wurden von vielen Seiten insbesondere Forderungen nach einer intensiveren Überprüfung der Fluggäste erhoben. Dies halten auch zwei von drei Bundesbürgern (68 Prozent) für geboten, während 30 Prozent meinen, die derzeit praktizierten Sicherheitsstandards seien ausreichend.



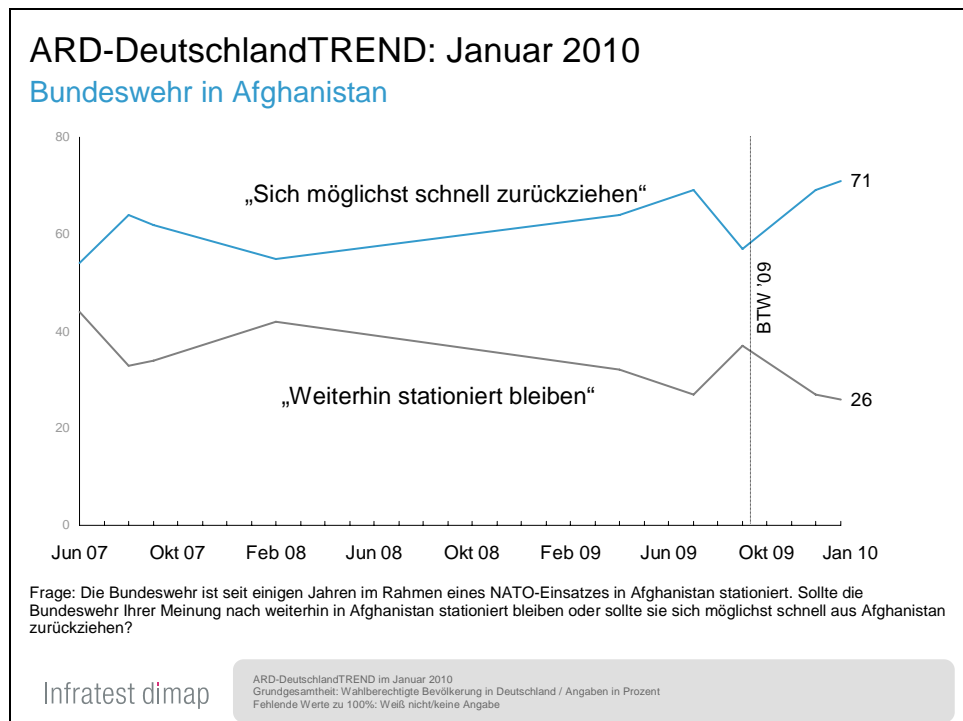
Mehrheit für die Nutzung sogenannter Nacktscanner

Der Attentäter, der die Maschine der Fluggesellschaft Northwest mit Hilfe von am Körper verstecktem Sprengstoff zum Absturz bringen wollte, stand als Verdächtiger auf mehreren Listen amerikanischer Geheimdienste, konnte aber dennoch unbehelligt das Flugzeug besteigen. Solche Pannen sollen durch eine verbesserte Vernetzung der Datenbanken künftig vermieden werden. Diesem Schritt stimmen 62 Prozent der deutschen Bevölkerung als sinnvolle Maßnahme zur Verbesserung der Sicherheit im Flugverkehr zu. Auch der Einsatz sogenannter Nacktscanner wird mehrheitlich befürwortet, obwohl Datenschützer und Strahlenschutzexperten erhebliche Zweifel an dieser Technik äußern. Die Mehrzahl von 59 Prozent der Bundesbürger zeigt sich von solchen Bedenken unbeeindruckt und plädiert für deren Einsatz, 38 Prozent lehnen ihn ab. Umstritten ist, ob ein Verkaufsstopp von Alkohol, Parfüm und Rasierklingen in Duty Free Shops einen Beitrag zur Verbesserung der Sicherheit leisten kann: 47 Prozent glauben daran, 48 Prozent halten die Maßnahme für entbehrlich.



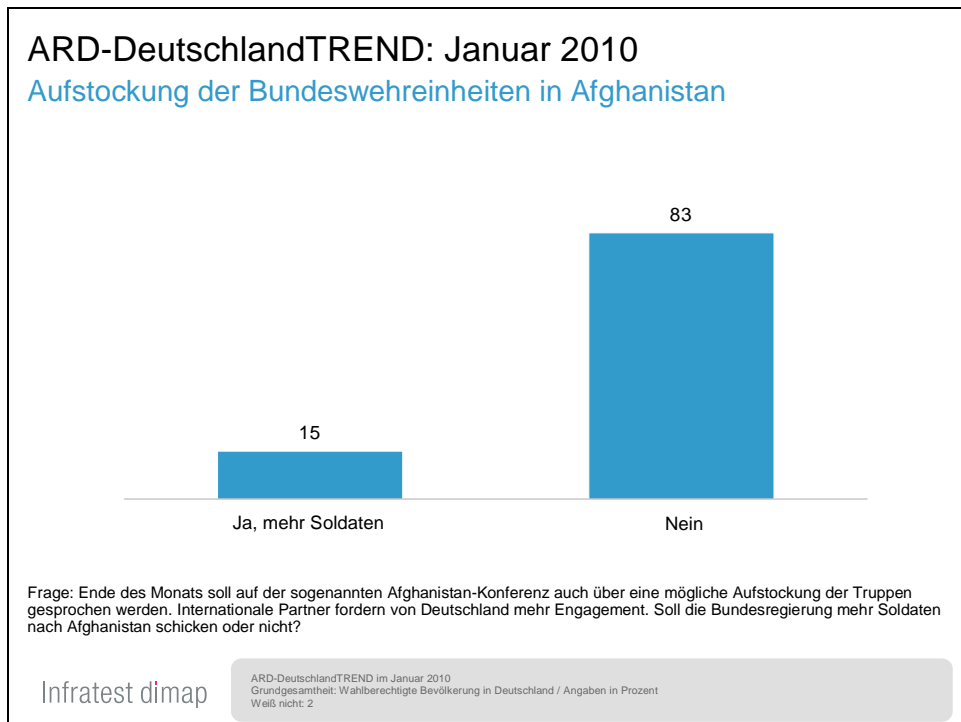
Wachsende Mehrheit für schnellen Abzug aus Afghanistan

Ende Januar soll auf einer internationalen Konferenz die künftige Strategie der NATO für Afghanistan festgelegt werden, bei der es auch um konkrete Termine für einen Abzug der Truppen gehen wird. Durch die anhaltende Diskussion über den von einem Bundeswehroberst angeordneten Luftangriff auf zwei Tanklastzüge im September letzten Jahres bleibt das Thema hierzulande auch innenpolitisch auf der Tagesordnung. Die Meinung der Bevölkerung zur Stationierung deutscher Soldaten in Afghanistan ist eindeutig: Lediglich 26 Prozent halten es für richtig, dass die Bundeswehr weiter am Hindukusch stationiert bleibt, die große Mehrheit von 71 Prozent würde es hingegen lieber sehen, wenn die deutschen Truppen das Land möglichst schnell verlassen würden.



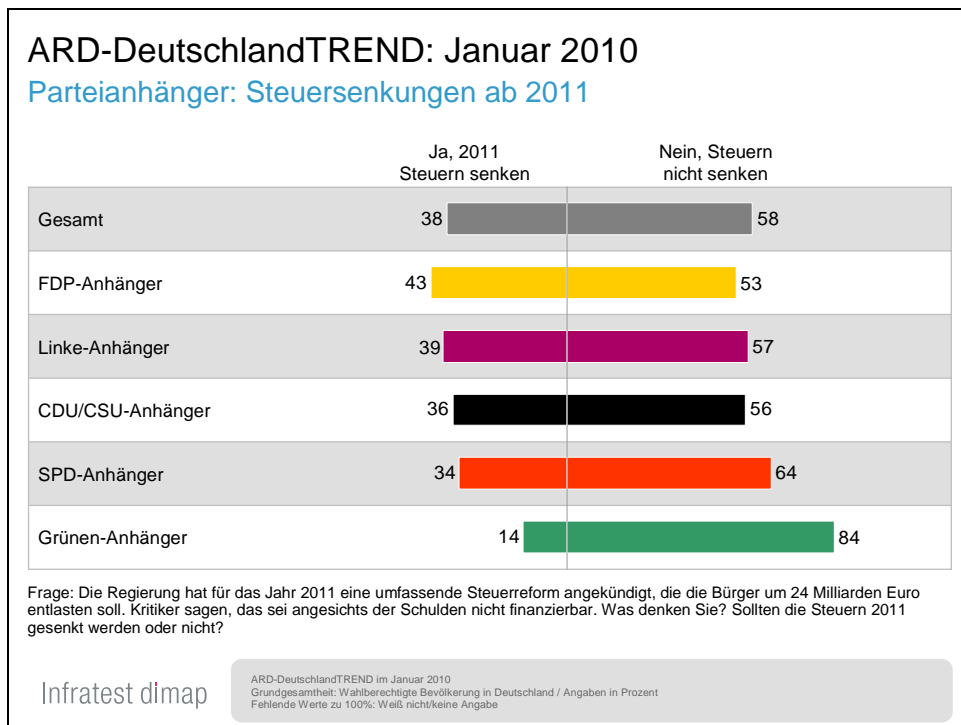
Die Ablehnung des Afghanistaneinsatzes der Bundeswehr hat sich seit Dezember letzten Jahres nochmals leicht verstärkt. Vor einem Monat sprachen sich 27 Prozent für den Verbleib und 69 Prozent für einen schnellen Abzug aus. Der aktuelle Wert von 71 Prozent ist der höchste, der bislang zu dieser Frage gemessen wurde.

Die auf der Afghanistan-Konferenz zu erwartenden Forderungen an Deutschland nach einer Aufstockung der Truppen werden von der Bevölkerung nahezu einhellig zurückgewiesen: Lediglich 15 Prozent wären bereit, mehr Bundeswehrsoldaten als bislang nach Afghanistan zu schicken, 83 Prozent lehnen ein solches Ansinnen ab. Verteidigungsminister Guttenberg liegt also mit seiner Zurückhaltung gegenüber den USA in dieser Frage auf einer Linie mit der Bevölkerung.



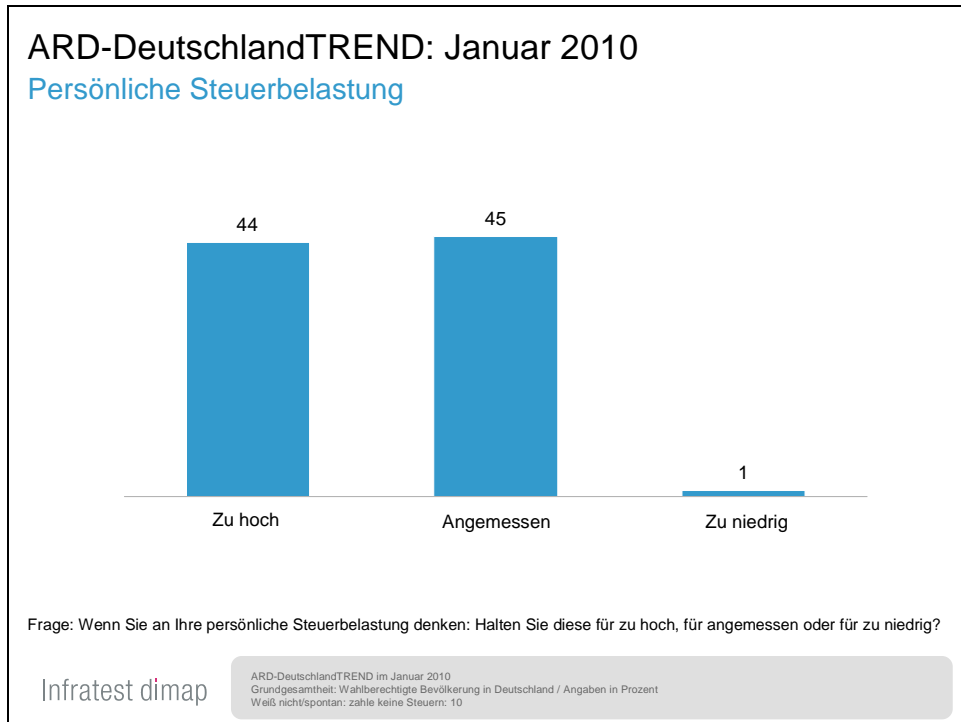
Bundesbürger lehnen Steuersenkungen mehrheitlich ab

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag eine Steuerreform mit Entlastungen der Bürger im Gesamtvolumen von 24 Milliarden Euro vorgenommen. Dies wird angesichts des Schuldenstandes der öffentlichen Haushalte kontrovers diskutiert und findet bei einer Mehrheit der Bundesbürger keine Unterstützung: 58 Prozent sprechen sich gegen die Steuersenkungen aus. Vier von zehn (38 Prozent) befürworten eine Verringerung der Steuerlasten ab 2011.



Nicht nur in Reihen der Oppositionsanhänger, sondern auch im Regierungslager werden Steuersenkungen überwiegend kritisch gesehen. Immerhin 56 Prozent der Unions-Anhänger und sogar 53 Prozent der Anhänger der FDP sprechen sich gegen eine derartige Steuerreform aus.

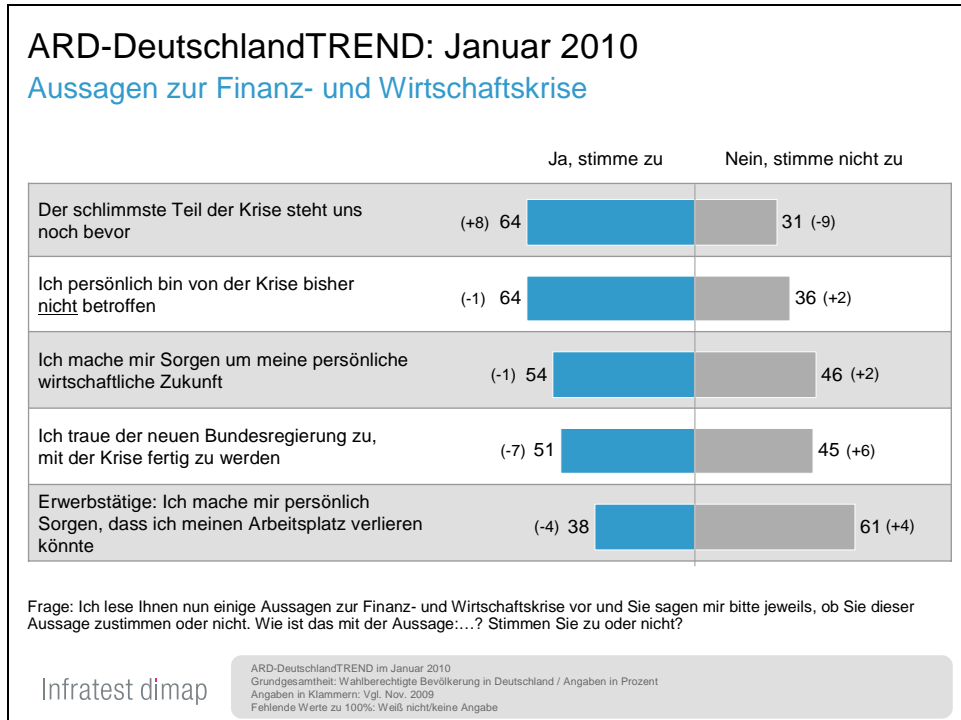
Die Ablehnung der für 2011 geplanten Entlastung ist umso bemerkenswerter, als immerhin 44 Prozent der Deutschen ihre persönliche Steuerbelastung als zu hoch empfinden. Genauso viele (45 Prozent) bezeichnen sie als angemessen. Dass zu wenig Steuern abgeführt werden, bemängelt fast niemand (1 Prozent).



Die verbreitete Skepsis gegenüber den Steuersenkungsplänen der Bundesregierung zeigt sich insbesondere darin, dass sogar bei den Befragten, die sich über zu hohe Steuern beklagen, beachtliche 41 Prozent gegen die Steuersenkungen votieren.

Angst vor Folgen der Wirtschaftskrise nimmt zu

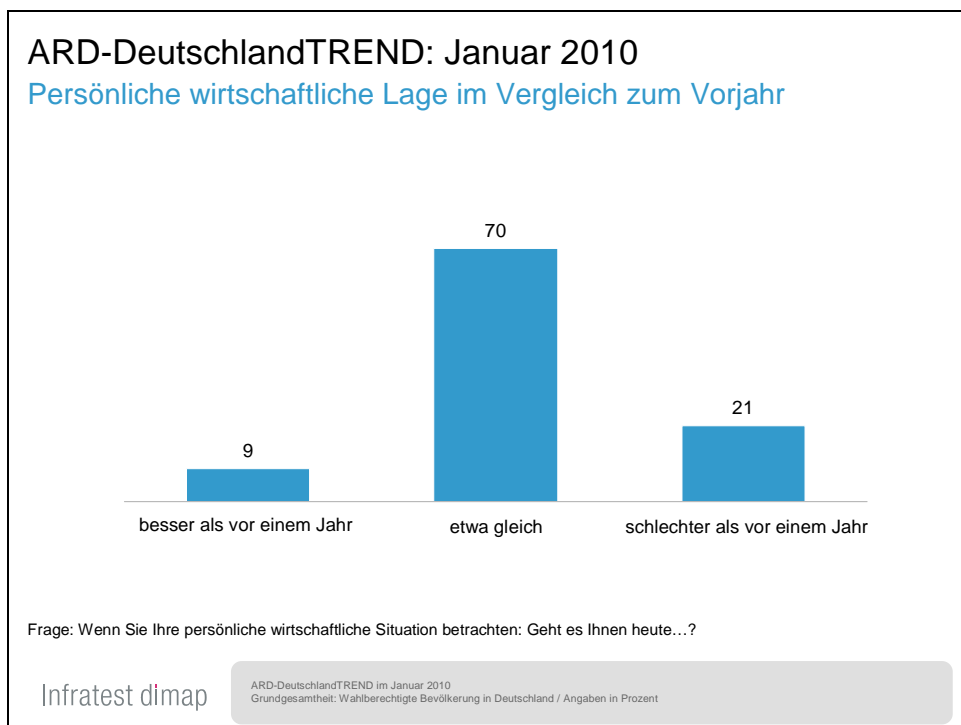
Vor dem Hintergrund der koalitionsinternen Streitigkeiten hat das Vertrauen in die Regierungskoalition bei der Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise merklich abgenommen: Derzeit trauen ihr 51 Prozent zu, mit der Krise fertig zu werden, 7 Punkte weniger als im November. Zugleich ist die Furcht der Bürger vor einer Verschärfung der Krise gewachsen: Derzeit sind 64 Prozent der Meinung, dass der schlimmste Teil erst noch bevorsteht (+8 Punkte).



Das abnehmende Vertrauen in die Bundesregierung und die zunehmende Furcht vor einer Verschlimmerung der Krise basieren offenbar nicht auf einer aktuellen Verschlechterung der persönlichen Situation der Bürger. Wie vor zwei Monaten sind unverändert zwei Drittel der Bürger (64 Prozent, -1) nach eigener Aussage bisher noch nicht betroffen, die Hälfte der Bevölkerung (54 Prozent, -1) sorgt sich jedoch um die eigene wirtschaftliche Zukunft. Knapp vier von zehn Erwerbstätigen (38 Prozent) machen sich Sorgen um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes.

Nur jeder Fünfte beklagt Verschlechterung seiner wirtschaftlichen Situation

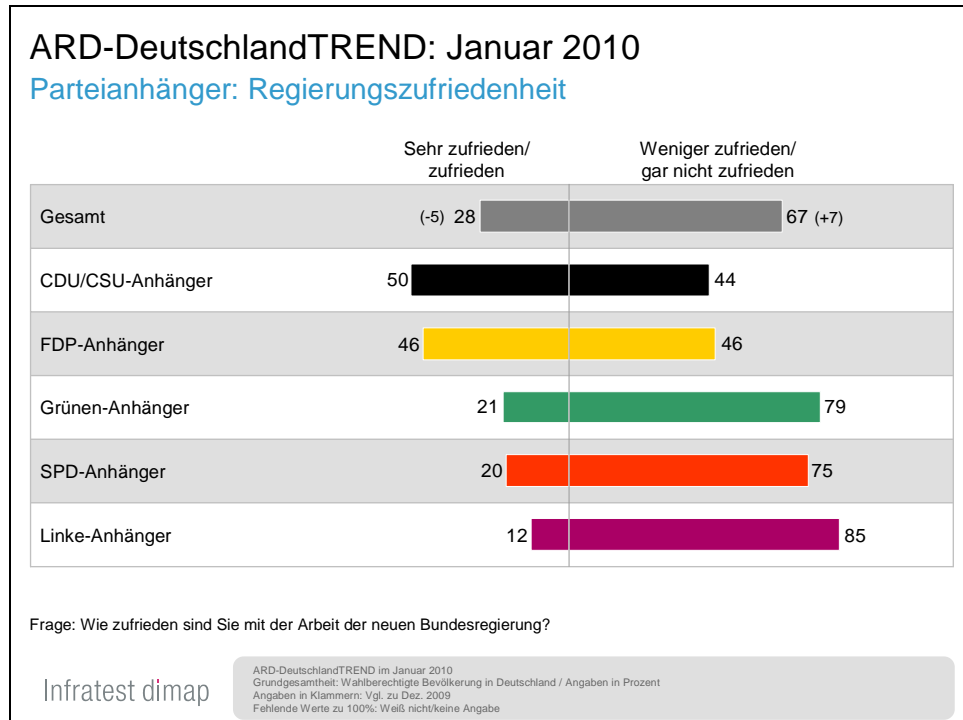
Auch wenn derzeit die Mehrheit der Deutschen persönlich nicht von der Krise betroffen ist – immerhin jeder Fünfte (21 Prozent) beklagt, dass sich seine persönliche wirtschaftliche Situation innerhalb des letzten Jahres verschlechtert hat. 70 Prozent beschreiben ihre Lage als weitgehend unverändert. Lediglich jeder Zehnte (9 Prozent) steht nach eigenen Angaben finanziell besser da als vor zwölf Monaten.



Überdurchschnittlich häufig beklagen Arbeitslose, Selbständige und Personen mit niedrigen Einkommen eine Verschlechterung ihrer materiellen Situation.

Regierungsbewertung: Zwei Drittel unzufrieden mit Schwarz-Gelb

Die Bundesregierung muss zum Jahresbeginn Ansehensverluste hinnehmen: Lediglich 28 Prozent zeigen sich derzeit mit der Arbeit von Schwarz-Gelb sehr zufrieden (1 Prozent) bzw. zufrieden (27 Prozent), 5 Punkte weniger als im Vormonat. Zwei Drittel (67 Prozent, +7) sind hingegen weniger (44 Prozent) bzw. gar nicht zufrieden (23 Prozent).

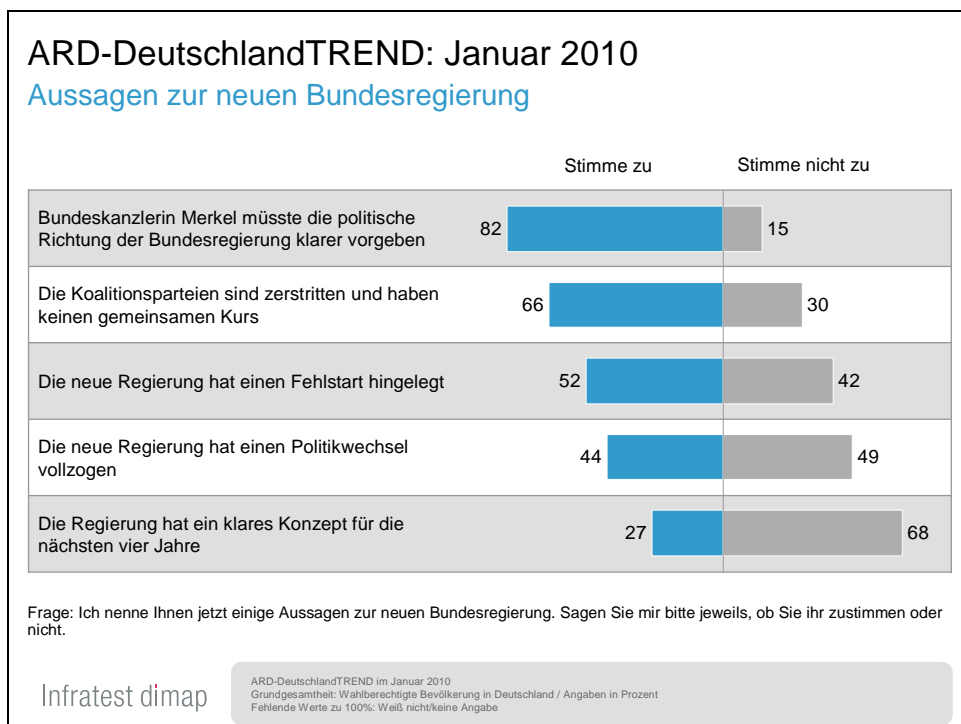


Die Arbeit der Koalition aus Union und FDP stößt sogar in deren eigenen Reihen auf ein geteiltes Echo. Lediglich jeder zweite Unions-Anhänger (50 Prozent) findet lobende Worte, 44 Prozent äußern sich kritisch über die Leistung des Kabinetts Merkel. Auch in der Anhängerschaft der Liberalen sind die Meinungen geteilt (46:46 Prozent).

Von den Anhängern der Oppositionsparteien bekommt die amtierende Bundesregierung erwartungsgemäß keine guten Noten.

Acht von zehn Bürgern verlangen von Merkel klarere politische Vorgaben

Die Ursachen für das mäßige Ansehen der Bundesregierung liegen im holprigen Start nach der Bundestagswahl. Konzeptionslosigkeit, Zerstrittenheit und Fehlstart, so lauten einige der Schlagzeilen der jüngsten Zeit. Die Bevölkerung teilt viele dieser Kritikpunkte. Ob die schwarz-gelbe Koalition mit der Übernahme der Regierungsgeschäfte auch einen Politikwechsel vollzogen hat, ist umstritten. Bejaht wird dies von 44 Prozent, 49 Prozent sind anderer Meinung. Klar ist indes für die Hälfte (52 Prozent), dass die Bundesregierung einen Fehlstart hingelegt hat.

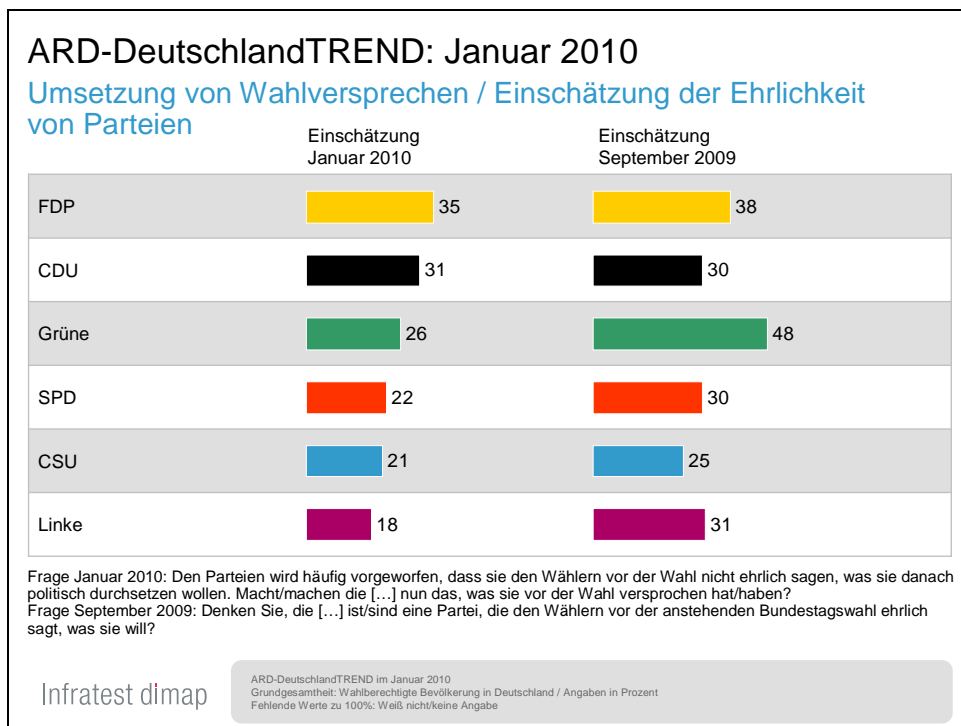


Zwei Drittel der Deutschen (68 Prozent) bemängeln, dass die Koalition über kein klares politisches Konzept für die nächsten vier Jahre verfügt, und kritisieren zudem die drei Regierungsparteien für ihre Zerstrittenheit und weil sie sich nicht auf einen gemeinsamen Kurs einigen können (66 Prozent). In Folge dessen fordern 82 Prozent von Kanzlerin Merkel, dass sie ihre Führungsrolle stärker wahrnehmen und die politische Richtung der Bundesregierung klarer vorgeben soll.

Das Erscheinungsbild der Koalition trifft auch bei deren Anhängern auf Kritik: Jeder zweite Unions-Anhänger und sogar zwei Drittel der FDP-Anhänger kritisieren konzeptionelle Mängel bei der Bundesregierung. So fordern sie denn auch mit großen Mehrheiten (Unions-Anhänger 79 Prozent, FDP-Anhänger 66 Prozent) die Kanzlerin auf, die politischen Leitlinien stärker vorzugeben.

Zweifel an Ehrlichkeit der Parteien – FDP schneidet noch am besten ab

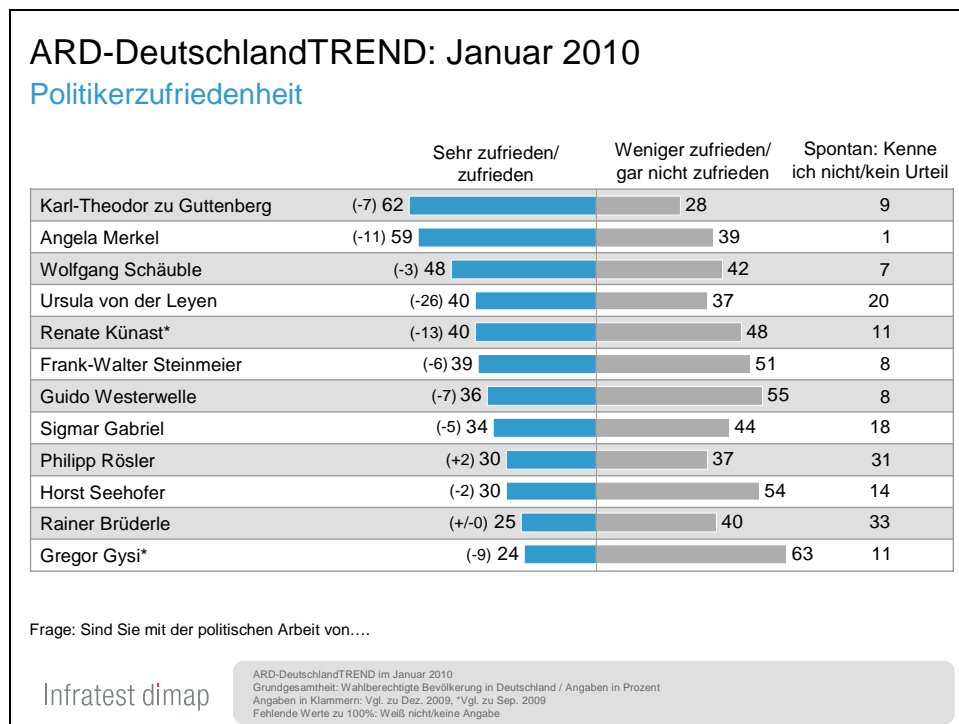
Der nach jeder Wahl mit schöner Regelmäßigkeit erhobene Vorwurf an die Parteien, sie würden den Wählern vorher nicht ehrlich sagen, was sie hinterher politisch durchsetzen wollen, wird von der Bevölkerung sowohl an die neue Bundesregierung als auch an die Oppositionsparteien gerichtet. Am relativ besten schneidet hier noch die FDP ab, der 35 Prozent bescheinigen, sie würde jetzt das machen, was sie vor der Wahl versprochen hat. Mit Blick auf die CDU halten 31 Prozent der Partei zu Gute, ihren angekündigten Kurs auch beizubehalten, bei den Grünen sind es 26 Prozent. SPD (22 Prozent), CSU (21 Prozent) und der Linken (18 Prozent) bestätigt jeweils lediglich rund ein Fünftel, an ihren Aussagen im Wahlkampf festzuhalten. Die Bürger haben bei allen Parteien mehrheitlich den Eindruck, sie würden nun eine andere Politik betreiben, als im Wahlkampf angekündigt.



Im Vergleich zur Erhebung unmittelbar vor der Bundestagswahl haben die Oppositionsparteien einen Glaubwürdigkeitsverlust zu verkraften, während von den Regierungsparteien der FDP die größte Standhaftigkeit attestiert wird.

Politikerzufriedenheit: Fast durchweg Popularitätseinbußen, Guttenberg erstmals an der Spitze

Die Bewertung der deutschen Spitzenpolitiker hat sich binnen Monatsfrist fast durchgängig verschlechtert. Angesichts des holprigen Starts der Bundesregierung und der Debatte um ihre Führungsstärke muss die bisherige Spitzenreiterin in der Liste der beliebtesten Politiker, Kanzlerin Angela Merkel, zweistellige Popularitätseinbußen hinnehmen (-11 Punkte) und verzeichnet mit 59 Prozent Zustimmung ihren niedrigsten Wert seit Dezember 2006. In Folge dessen muss Merkel den ersten Platz der Rangliste abgeben, den in diesem Monat erstmals Karl-Theodor zu Guttenberg belegt. Zwar verliert auch der Verteidigungsminister deutlich an Zuspruch (-7 Punkte), dennoch kann er 62 Prozent von seiner Arbeit überzeugen. Mit Abstand folgt Finanzminister Wolfgang Schäuble auf dem dritten Rang, über den knapp die Hälfte der Deutschen ein positives Urteil abgibt (48 Prozent, -3 Punkte).



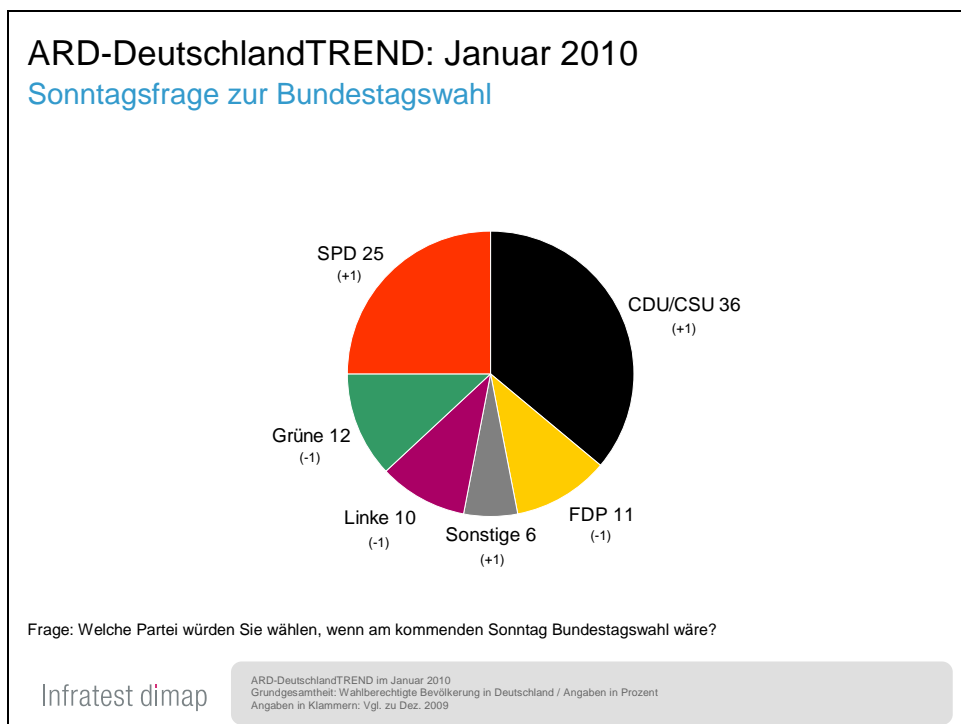
Bei Arbeitsministerin Ursula von der Leyen fällt der Sympathierückgang erdrutschartig aus: Mit der politischen Arbeit der CDU-Politikerin sind derzeit nur noch 40 Prozent der Deutschen zufrieden, 26 Prozentpunkte weniger als vor vier Wochen. Ein Teil der Einbußen erklärt sich durch ihren Wechsel vom Familien- in das Arbeitsressort, weswegen der Anteil derer, die sich kein Urteil zutrauen, deutlich angestiegen ist (+16 Punkte). Dennoch muss von der Leyen ihren niedrigsten je im ARD-DeutschlandTREND gemessenen Popularitätswert hinnehmen.

Als beliebteste Oppositionspolitikerin kann sich Renate Künast profilieren. Trotz eines Sympathierückgangs von 13 Punkten (im Vergleich zum September 2009) sind 40 Prozent mit der Fraktionsvorsitzenden der Grünen zufrieden. Ihr sozialdemokratisches Pendant, der Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier, liegt dicht dahinter (39 Prozent, -6 Punkte). Dessen Amtsnachfolger Guido Westerwelle kann – zumindest derzeit noch - nicht von dem in der Vergangenheit häufig beobachteten Muster profitieren, dass der Außenminister qua Amt zu den beliebtesten deutschen Politikern gehört: Seine Arbeit erzielt nur bei 36 Prozent Zustimmung (-7 Punkte). Der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel platziert sich im unteren Mittelfeld und überzeugt ein Drittel (34 Prozent, -5 Punkte). In seiner Zeit als Umweltminister in der letzten Legislaturperiode lag Gabriel durchweg besser.

Als einziger der abgefragten Politiker weist Philipp Rösler einen Popularitätszuwachs auf (+2 Punkte). Der Gesundheitsminister erhält wie auch der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer 30 Prozent (-2 Punkte) wohlwollende Bewertungen. Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (unverändert 25 Prozent) und der Fraktionschef der Linken, Gregor Gysi, bilden die Schlusslichter der Rangliste (24 Prozent, -9).

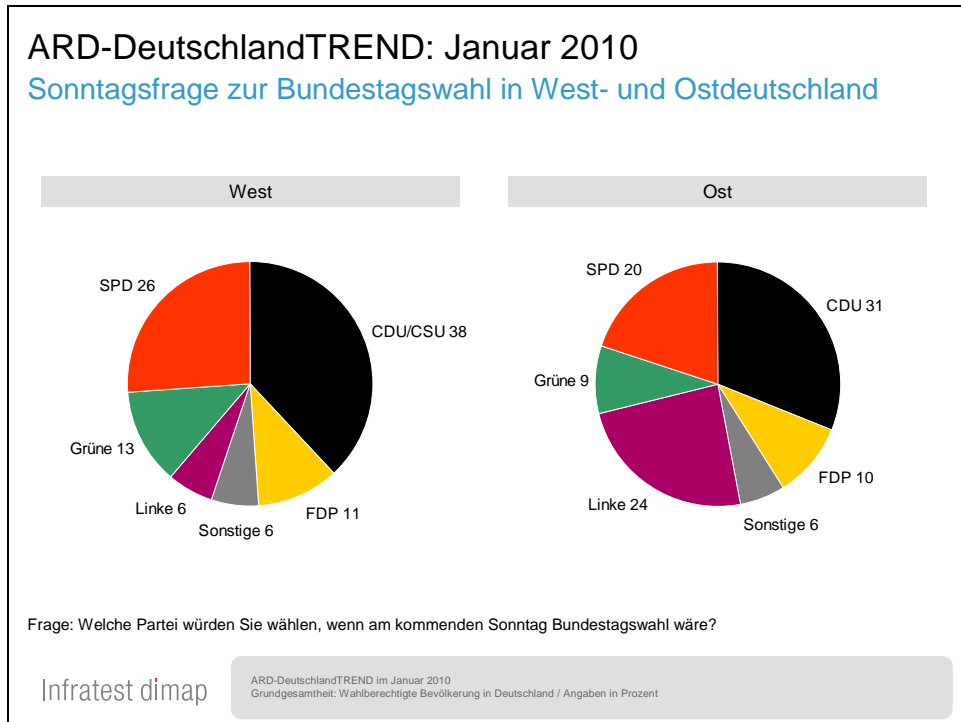
Sonntagsfrage: Union mit Zugewinn – zu Lasten der FDP

Die politische Stimmung zeigt leichte Verschiebungen innerhalb der politischen Lager. Wenn bereits am nächsten Sonntag erneut der Bundestag gewählt würde, käme die Union auf 36 Prozent der Stimmen. Dies entspricht einem Plus von 1 Punkt im Vergleich zum Dezember-DeutschlandTREND. Dieser Zugewinn geht allerdings zu Lasten des Koalitionspartners FDP, der auf 11 Prozent der Stimmen käme (-1). Von den Oppositionsparteien vermag einzig die SPD auf 25 Prozent (+1) zuzulegen, während sowohl die Grünen (12 Prozent) als auch die Linke (10 Prozent) jeweils einen Punkt abgeben müssen. Alle anderen Parteien kämen zusammen genommen auf 6 Prozent (+1).



Für die FDP bedeutet dies den niedrigsten Wert seit der Bundestagswahl im September 2009. Sie leidet zum einen darunter, dass viele Wähler, die bei der Bundestagswahl die FDP unterstützten, sich derzeit für keine Partei entscheiden und zum anderen daran, dass viele zur Union gewandert sind.

In den **alten Bundesländern** kann die Union auf 38 Prozent der Stimmen zulegen. Die SPD (26 Prozent) und die Grünen (13 Prozent) halten ihren Wähleranteil konstant. FDP (11 Prozent) und Linke (6 Prozent) verlieren im Vergleich zum Dezember.

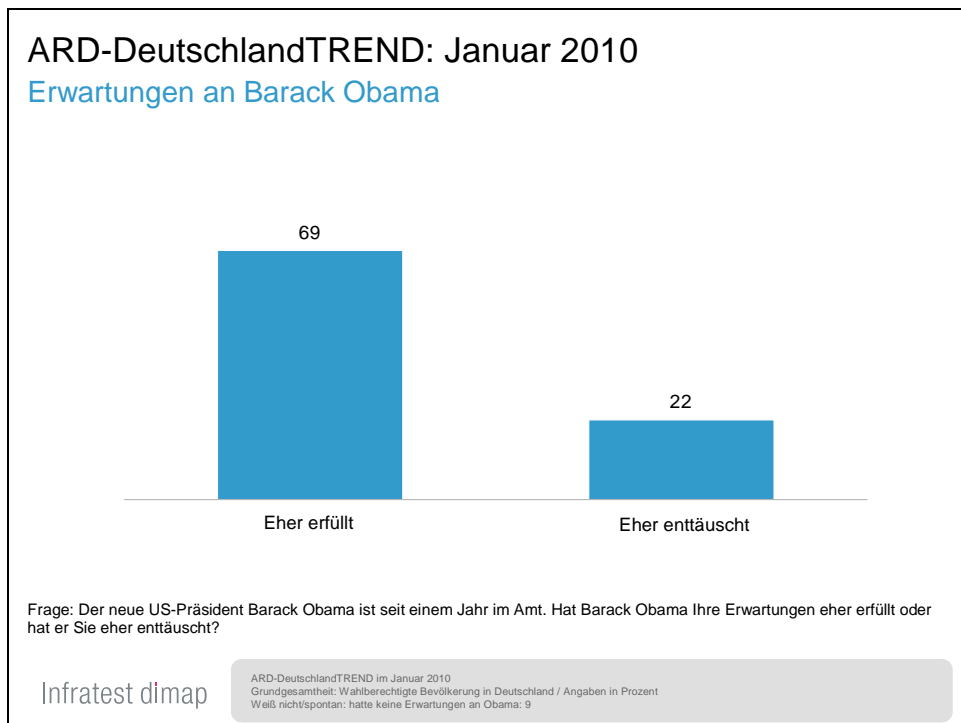


In den **neuen Bundesländern** gelingt es CDU (31 Prozent), SPD (20 Prozent) und FDP (10 Prozent) ihre Stimmenanteile auszubauen. Demgegenüber verliert die Linke im Osten und würde derzeit 24 Prozent erreichen. Auch die Grünen (9 Prozent) müssen Einbußen hinnehmen.

Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Zum einen legen sich immer mehr Wähler kurzfristiger vor einer Wahl fest, zum anderen hat die Bedeutung der letzten Wahlkampfphase mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern durch die Parteien zugenommen.

US-Präsident Obama hat die Erwartungen der Deutschen erfüllt

Im Januar des vergangenen Jahres hat Barack Obama das Amt des US-Präsidenten angetreten. Während in den USA die Euphorie über Obamas Wahlsieg und seinen angekündigten neuen Politikkurs merklich abgenommen hat – erinnert sei an die heftigen Auseinandersetzungen in der Gesundheitspolitik –, hat der US-Präsident für sieben von zehn Deutschen (69 Prozent) die an ihn gestellten Erwartungen erfüllt. Lediglich jeder Fünfte (22 Prozent) ist von der Jahresbilanz des US-Präsidenten enttäuscht.



Allerdings waren auch hierzulande die Bürger in der Bewertung Obamas bereits euphorischer als derzeit: Im April des vergangenen Jahres äußerten sich 80 Prozent der Deutschen mit seiner Amtsführung zufrieden.